



Presseinformation

21.01.2010
Seite 1 von 19

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

**Die Einheit der Gesellschaft bewahren –
Konzept Nordrhein-Westfalen 2025**

**Regierungserklärung
von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
am Donnerstag, 21. Januar 2010
im Landtag Nordrhein-Westfalen**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Im Mai 2008 habe ich die Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen. Unter dem Vorsitz von Lord Dahrendorf haben 22 hochrangige Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ein Jahr über die Zukunft Nordrhein-Westfalens nachgedacht. Darüber, wie wir leben werden. Und vor allem darüber, wie wir leben wollen. Nicht in einer fernen Zukunft, sondern in zehn, in zwanzig Jahren. Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 war der Horizont der Zukunftskommission. Und Nordrhein-Westfalen 2025 ist unser Konzept. Ich sage bewusst: Unser Konzept. Denn es geht um alle Menschen in diesem Land. Ich will eine breite öffentliche Debatte um unsere Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Eine Debatte, an der sich alle beteiligen können und sollen. Weil es alle angeht.

Diese Debatte mit den Berichten der Zukunftskommission anzustoßen, ist gelungen. Wir haben die Abschlussberichte im April 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. In fünf großen Forumsveranstaltungen zu den Themen Innovation, Integration, Energie, Kultur und Weiterbildung und zum Abschlussbericht haben die zuständigen Kabinettsmitglieder mit Experten öffentlich diskutiert.

Mit zwei Wettbewerben haben wir eine breite Öffentlichkeit vor allem junger Menschen in die Debatte einbezogen: Mit dem Wettbewerb für Studierende „Vision 2025“ unter der Leitfrage „Wie gewinnen wir kreative Köpfe für unser Land?“ Und dem Jugendwettbewerb „Vision 2025 – Wie sieht Deine Zukunft aus?“ Denn wir wollen vor allem von den jungen Menschen wissen, was ihnen am Herzen liegt, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen. Deshalb gab es auch ein breites Diskussionsangebot im Internet.

Und deshalb haben wir auch im März 2009 einen großen, international besetzten Kongress auf dem Petersberg und ein besonderes Forum für junge Menschen aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens veranstaltet. Wir wollen das in diesem Jahr mit der Petersberger Convention „Zukunft 2.0 – Jenseits der Krise“ und einer weiteren Campus-Veranstaltung für junge Menschen fortsetzen. Denn es ist wichtig, diese Diskussion immer wieder neu und engagiert zu führen. Nur dann kann Politik langfristig orientiert und nachhaltig sein. Nur dann kann sie eine erfolgreiche Politik für die Menschen in diesem Land sein.

Heute will ich Ihnen berichten, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung aus den Empfehlungen der Zukunftskommission zieht. Ich verbinde das mit dem herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die die Kommissionsmitglieder ein Jahr lang für uns in Nordrhein-Westfalen geleistet haben.

Als wir den Abschlussbericht der Zukunftskommission im April 2009 vorgestellt haben, lebte Lord Ralf Dahrendorf noch. Am 17. Juni ist er gestorben. Als ich das erfahren habe, war ich erschüttert. Denn mit ihm haben wir alle einen wichtigen politischen Denker verloren. Und wir haben einen einzigartigen Menschen verloren, der wie wenige andere die Freiheit des Geistes verkörpert hat: Einen großen Europäer und Vermittler zwischen den Kulturen. Er war ein Mensch voller Weisheit, Menschlichkeit und Humor. Ich war beeindruckt davon, wie sehr er in seinem Denken und Handeln Freiheit immer mit Gerechtigkeit und Selbstbestimmung stets mit Solidarität verbunden hat.

Innovation und Solidarität gehören zusammen: Das war die Kernbotschaft von Lord Dahrendorfs Abschlussbericht. Eine Gesellschaft, die nur auf wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen setzt, droht auseinanderzufallen. Eine Gesellschaft, die sich mit der Erhaltung des Status Quo begnügt und allenfalls Fragen der Verteilung stellt, droht zu erstarren. Nur wenn Innovation und Solidarität zusammenkommen, hat die Gesellschaft freier Bürger Zukunft. Beides zu verbinden, war immer das Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen. Von Karl Arnold über Johannes Rau bis heute. Ich will, dass es das auch in Zukunft bleibt.

Als die Kommission vor gut eineinhalb Jahren mit der Arbeit begann, hat noch kaum jemand die globale Wirtschafts- und Finanzkrise vorhergesehen, die ein halbes Jahr später ausbrechen sollte. Seitdem erleben wir eine Wirtschaftskrise, die das Vertrauen in die Marktwirtschaft zu zerstören droht. Der Kerngedanke der Zukunftskommission, Innovation mit Solidarität zu verbinden, hat durch die Krise noch einmal an politischer Bedeutung gewonnen.

Die Berichte der Zukunftskommission liefern eine exzellente Bestandsaufnahme der Lage unseres Landes. Wer wissen will, wie es um unser Land heute steht, muss diese Berichte lesen. Sie zeigen die Stärken unseres Landes und seine großartigen Entwicklungschancen. Aber auch die Schwächen, an denen wir arbeiten müssen.

Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit. Die Zukunftskommission hat uns eine Agenda für dieses Land gegeben: Mit vier großen Schwerpunkten. Bildung, Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft.

Niemanden zurückzulassen – gerade die, die keinen Erfolg auf dem normalen Bildungsweg haben, das ist die Kernaufgabe der Bildungspolitik. Die notwendige Flexibilität mit Sicherheit zu verbinden – das ist die Aufgabe für den Bereich der Arbeit. Wie Innovationen vorangetrieben werden können, steht im Mittelpunkt des Konzepts für die Wirtschaft. Die Einheit der Gesellschaft zu bewahren und dabei vor allem die Integra-

tion der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte voranzutreiben, muss Schwerpunkt der Gesellschaftspolitik sein.

Befähigung für alle ermöglichen

Lord Dahrendorf hat die Befähigung aller Bürger zur Kernaufgabe moderner Bildungspolitik gemacht. Sie ist für ihn, ich zitiere „der Schlüssel zum Leben in einer freien und offenen Gesellschaft“. Mit dieser Idee hat Lord Dahrendorf einen mutigen Vorschlag gemacht. Er will den klassischen Bildungsbegriff weiterentwickeln. Die alte Trennung von so genannter Bildung und praktisch orientierter Ausbildung muss überwunden werden. Befähigung muss stattdessen in den Mittelpunkt rücken. Jeder soll befähigt sein, etwas aus sich zu machen und damit auch die Chance haben, sozial aufzusteigen. Wir brauchen dafür einen neuen, einen umfassenden Begriff von Bildung. Die Fähigkeit zu abstraktem und analytischem Denken ist genauso wichtig wie die Fähigkeit zu emotionaler Zuwendung. Künstlerische Talente zu entfalten ist genauso bedeutsam wie die Fähigkeit, soziale und professionelle Netzwerke aufzubauen und zu erhalten.

Das Ideal der Befähigung des Menschen, sich selbst umfassend zu bilden – das Humboldtsche Bildungsideal – ist nicht veraltet. Im Gegenteil: Es war noch nie so aktuell wie heute. Aber das ist heute im Zeitalter der globalisierten Wissensgesellschaft keineswegs einfacher, sondern schwieriger geworden. Das Internet bietet uns heute eine schier unübersehbare Menge an Informationen. Nie war es einfacher, sich Wissen anzueignen – so scheint es. Aber es gibt keinen Automatismus, dass mehr Information auch zu mehr Bildung führt. Viele Menschen stehen ratlos vor der steigenden Wissens- und Informationsflut der Medien. Es droht die Spaltung der Gesellschaft: In diejenigen, die mit dem neuen Wissen umgehen können und in diejenigen, die damit überfordert sind.

Es muss uns gelingen, alle Kinder und Jugendlichen für die Wissensgesellschaft zu befähigen. Und deshalb müssen wir, wie Lord Dahrendorf sagt, vor allem denjenigen besondere Aufmerksamkeit widmen, die auf dem „normalen“ Bildungsweg nicht erfolgreich sind. Denn niemand darf zurückbleiben. Bildung umfassend zu denken, heißt auch, Bildung nicht zu ökonomisieren. Ökonomischer Nutzen ist wichtig. Aber heute gibt es eine ganze Reihe so genannter Bildungsexperten, die Bildungsziele einzig und allein der Verwertungslogik des Marktes unterordnen. Ihr Bildungskonzept zielt ausschließlich auf Praxisnähe und Beschäftigungsfähigkeit ab.

Das greift zu kurz. Das führt zu kultureller Armut. Zu einem zu kurzfristigen Denken. Genau das will Lord Dahrendorf verhindern. Ich teile seine Auffassung. Bildung hat ihren eigenen Wert. Sie trägt ihren Lohn in sich. Und: Sie muss für alle zugänglich und erreichbar sein.

Lord Dahrendorf und die Kommission plädieren für eine verstärkte frühkindliche Bildung, für neue Chancen für Schulabbrecher, für die Modernisierung des dualen Systems und für Weiterbildung.

Die Landesregierung teilt diese Auffassung. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und Entfaltung. Mit dem Ende der Legislaturperiode werden wir deshalb rund 2,7 Milliarden Euro mehr für Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben haben als die Vorgängerregierung. Aber es geht nicht nur um Quantität. Es geht vor allem um Qualität. Darum, dass Kinder so viel Zuwendung wie möglich erfahren. Darum, dass ihre Talente so früh wie möglich entdeckt und gefördert werden. Und auch darum, dass sie geschützt werden vor Armut, Missbrauch und Verwahrlosung. Nur wenn einer Gesellschaft das gelingt, hat sie Zukunft.

Mit unserem neuen Kinderbildungsgesetz haben wir die frühkindliche Bildung deutlich verbessert. Vor allem die vorschulische Sprachförderung ist ein großer Erfolg. Wir werden sie weiter ausbauen.

Wir haben die Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige seit dem Mai 2005 verachtacht. Und wir werden sie weiter ausbauen – bis 2013 auf 144.000!

Wir arbeiten mit den Familienzentren daran, dass die Betreuung von Kindern und Eltern noch besser wird. Zum 1. August 2010 werden wir 2.818 Familienzentren eingerichtet haben. Bis 2012 sollen es mindestens 3000 sein.

Besonders am Herzen liegt mir der Schutz unserer Kinder. Wir kämpfen entschlossen gegen Kinderarmut. Deswegen setzen wir uns für die Ausweitung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder ein.

Wir haben den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet. Er kommt in diesem Schuljahr schon über 80.000 Kindern zugute. Wir haben die sozialen Frühwarnsysteme flächendeckend ausgebaut, um Kinder besser vor Verwahrlosung zu schützen. Und wir werden hier auch in Zukunft daran arbeiten, dass jedes Kind in unserem Land eine Zukunft hat. Denn jedes Kind in Armut oder Verwahrlosung ist eines zuviel.

Kein Kind darf zurückbleiben. Das gilt auch für die Jugendlichen. Sieben Prozent Schulabbrecher sind sieben Prozent zu viel. Auch dagegen gehen wir vor. Mit dem Ausbau des Ganztagsunterrichts. Wir liegen jetzt schon, im Schuljahr 2009/2010, bei insgesamt rund 550.000 Plätzen. Im nächsten Schuljahr 2010/2011 kommen noch einmal mehr als 56.000 Plätze hinzu. Bis 2015 sollen mindestens 43 Prozent aller Kinder einen

Ganztagsplatz nutzen können. Und bis 2025 soll das noch weiter ausgebaut werden.

Und wir wollen, dass die Klassen in Zukunft kleiner werden. So stärken wir die individuelle Förderung. Sie ist der Schlüssel zum schulischen Erfolg. Wir wollen maximale Klassengrößen von 25 Schülern in Grund- und Hauptschulen und 28 Schülern in Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien erreichen. Das ist zu schaffen, wenn wir den demografischen Wandel nutzen. Wir sind optimistisch, dass wir dieses Ziel bei den Eingangsklassen der Grund- und Hauptschulen bis 2015 erreichen können – denn gerade in den Grund- und Hauptschulen sind kleine Klassen besonders wichtig.

Wir wollen den Schulerfolg aller Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Dafür haben wir mit dem Haushalt 2010 seit Mai 2005 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Das hat den Unterrichtsausfall halbiert. Außerdem reformieren wir die Lehrerbildung. Und wir stärken die Hauptschulen mit einer Qualitätsoffensive.

Diese Investitionen und Reformen haben erste Früchte getragen: 2009 haben wir den niedrigsten Stand an Sitzenbleibern seit Beginn der Erhebung erzielt. Und auch beim Abitur haben wir das beste Ergebnis seit dem Beginn der Aufzeichnung erreicht. Darauf können wir stolz sein.

Noch etwas hat uns die Zukunftskommission eindringlich auf den Weg gegeben: Wir müssen die Leistungen unserer Lehrerinnen und Lehrer stärker fördern und vor allem anerkennen. Kaum ein Beruf ist so wichtig für unsere Zukunft. Er muss die öffentliche Anerkennung bekommen, die er verdient. Ich will, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer in diesem Land sagen kann: Ich bin stolz, in diesem Land die Verantwortung für die Bildung unserer Kinder zu tragen. Und ich will, dass er oder sie dafür auch die entsprechende Anerkennung bekommt. Das muss unser aller Ziel sein.

Beschäftigungssicherheit für die meisten sichern

Lord Dahrendorf und die Kommission haben uns auch die Modernisierung der dualen Ausbildung und die Stärkung der Weiterbildung empfohlen. So sollen Flexibilität und Sicherheit in Zukunft auf den Arbeitsmärkten möglich sein. Wir wollen den Menschen Mut machen und die Chancen geben, sich den Veränderungen auf den Arbeitsmärkten zu stellen. Mut haben Menschen aber nur, wenn sie wissen, dass es gerecht zugeht, dass jeder eine Chance hat. Lord Dahrendorf hat für die Herausforderung der Zukunft eine einprägsame Formel gefunden.

Es geht um „Beschäftigungssicherheit für alle statt um Bestandssicherheit für wenige“. Um zumindest Beschäftigungssicherheit für die meisten zu erreichen, müssen wir bei den jungen Menschen beginnen. Mit unseren Partnern im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen haben wir 2007 ein umfassendes Konzept zur Berufsorientierung geschaffen. Mit dem 3. Weg in die Berufsausbildung und dem Werkstattjahr geben wir allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive: Seit 10 Jahren hatten wir keinen so niedrigen Stand mehr an Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Das ist ein großer Erfolg. Weil wir an einem Strang ziehen: Die Unternehmen und die Landesregierung. Und das wird auch in Zukunft so sein.

Kein Jugendlicher darf zurückbleiben:

In der kommenden Legislaturperiode werden wir dafür die gezielte individuelle berufliche Förderung aller Jugendlichen ab der 8. Klasse weiter vorantreiben. Dabei ist uns die Förderung junger Menschen mit Behinderung ein besonderes Anliegen. Deshalb haben wir „ILJA“, ein Projekt zur Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung, entwickelt. Damit werden wir alle lernbehinderten Jugendlichen ab Klasse acht individuell fördern.

Beschäftigungssicherheit für die meisten heißt aber auch, dafür zu kämpfen, dass junge Menschen nach der Ausbildung eine echte berufliche Perspektive haben. Deshalb haben wir mit unserem Projekt „Jugend in Arbeit plus“ seit 2006 rund 20.000 schwer vermittelbaren arbeitslosen Jugendlichen eine Chance gegeben – rund 9.000 Jugendliche haben dadurch bisher eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen. Wir werden dieses Programm, das die Vorgängerregierung abschaffen wollte, im Sinne der Zukunftskommission fortführen.

Wir werden aber auch über den Ausbau von Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren nachdenken. Das hat die Zukunftskommission in ihrem Bericht ausdrücklich gefordert. Denn sie sieht zu Recht ein Problem in der oft nur losen Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen. In den regionalen Kompetenzzentren sollten alle Bildungsbereiche von der Ausbildungsvorbereitung über die Erstausbildung bis zur Weiterbildung vertreten sein. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Vertreter der Berufsschulen und der Arbeitsverwaltung sollten diese regionalen Kompetenzzentren gemeinsam betreiben. Ich appelliere an alle Verantwortlichen, diesen innovativen Weg mit uns gemeinsam einzuschlagen.

Ganz wichtig ist mir, dass wir auch den Alleinerziehenden bessere Berufsperspektiven ermöglichen. Sie leben unter einem besonderen Armutrisiko. Viele Single-Mütter oder Single-Väter haben es schwer, Be-

ruf und Familie zu verbinden. Viele haben Teilzeitjobs. Ein Unterhaltsvorschuss wird nur sechs Jahre und nur für bis zu 14 Jahre alte Kinder bezahlt. Wir müssen die Alleinerziehenden langfristig stärken. Mit mehr Plätzen für die Unter-Dreijährigen. Mit mehr Ganztagsplätzen in den Schulen. Wir werden sie gezielt in der Teilzeitausbildung und beim Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützen, gemeinsam mit den Unternehmen, den Berufsschulen und den Weiterbildungsträgern. Wir setzen uns auch für eine Verlängerung des Unterhaltsvorschusses bis zum 18. Lebensjahr analog zur Kindergeldregelung ein. Wer sich für Kinder entscheidet, darf nicht zur Armut verurteilt werden.

Wir brauchen mehr Unterstützung für die Alleinerziehenden durch die ganze Gesellschaft. Hier ist vor allem die Erfahrung und Einsatzbereitschaft der Älteren gefragt. Schon heute gibt es ein sehr erfolgreiches Programm, das das Wissen der Älteren in den Schulen zum Nutzen aller einsetzt. Warum sollten wir das nicht auch in den Kindertagesstätten machen? Und warum sollte es nicht ein besonderes Programm für Patenschaften geben, mit dem gerade Alleinerziehenden geholfen werden kann? Wir werden mit entsprechenden Programmen für solche Senioren-Patenschaften werben.

Wir dürfen uns auch nicht damit abfinden, dass ältere Menschen auf Dauer ohne eine Chance auf Arbeit bleiben. Mit unserem Kombilohn-Modell haben wir über 12.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive gegeben. Diese Strategie war so erfolgreich, dass der Bund sie übernommen hat. Wir werden sie auch in den nächsten Jahren weiterverfolgen.

Unser Ziel ist es nicht nur, Menschen in Arbeit zu bringen, sondern auch in Arbeit zu halten, insbesondere die Älteren. Unser Programm der Bildungsschecks für lebenslanges Lernen ist ein Erfolg: Über 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben daran schon erfolgreich teilgenommen. Wir wollen, dass es noch mehr werden. Aber hier sind auch die Sozialpartner gefragt. Ich appelliere an die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, die Vorschläge der Zukunftskommission aufzugreifen und zum Beispiel die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten zu fördern – damit lebenslanges Lernen möglich wird.

Wir arbeiten außerdem mit Nachdruck daran, die Hochschulen stärker als bisher für beruflich Qualifizierte zu öffnen. Wir haben eine Neuregelung des Hochschulzugangs für Handwerksmeister und beruflich Qualifizierte auf den Weg gebracht. Ab dem kommenden Wintersemester werden Handwerksmeister die Möglichkeit haben, an Universitäten und Fachhochschulen zu studieren. Und auch diejenigen, die eine Berufsausbildung und Berufserfahrung haben, wird der Hochschulzugang

unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht. Damit schaffen wir neue Chancen für sozialen Aufstieg.

Neue Chancen für die Menschen bekommen wir auch dadurch, dass wir Übergänge erleichtern zwischen beruflichen und anderen Lebensphasen – sei es Erziehungszeit, sei es Rente. Wir müssen dafür sorgen, dass die Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler werden. Es muss bessere Möglichkeiten für eine Teilrente geben. Und die Möglichkeit, leichter als bisher im Alter etwas zur Rente hinzuverdienen zu können.

Wichtig ist auch, dass jetzt die Hinzuverdienstgrenzen für Hartz IV-Empfänger verbessert werden. Damit wird für sie der Anreiz erhöht, sich eine Beschäftigung zu suchen, die zur Finanzierung des Lebensunterhalts reicht. Kleine Hinzuverdienste müssen unattraktiver, größere dagegen attraktiver gemacht werden. Das schlägt auch der Sachverständigenrat vor. Auch das ist ein Beitrag zu einer Gesellschaft, die dem Leitbild der Beschäftigungssicherheit folgt.

Innovationen möglich machen

Die eigenen Stärken stärken und damit Innovationen ermöglichen – das ist die wirtschaftspolitische Kernbotschaft der Zukunftskommission. Wir sind Industrieland. Und wollen es bleiben. Hier liegen unsere Kernkompetenzen. Hier können wir innovativ sein und müssen es sein. Weil wir damit Wachstum schaffen und Arbeitsplätze.

Innovationen entstehen in starken Hochschulen.

Deshalb haben wir unsere Hochschulen von bürokratischen Fesseln befreit und ihnen finanzielle Planungssicherheit gegeben. Wir werden außerdem bis 2020 rund acht Milliarden Euro zusätzlich für die Modernisierung der Hochschulen investieren.

Innovationen geschehen meist durch Vernetzung:

Entscheidend ist die enge Kooperation der Unternehmen mit der Wissenschaft und mit Verbänden. Deshalb haben wir unsere Clusterstrategie entwickelt und werden sie weiter ausbauen: Zum Beispiel in der Logistik, in der Energiewirtschaft, in der Chemie, im Bereich der Materialwirtschaft, aber auch bei Telekommunikation und Kreativwirtschaft.

Innovationen werden möglich durch Investitionen in Zukunftsbranchen: Wir haben deshalb seit der Regierungsübernahme gemeinsam mit der Wirtschaft 24 Spitzenforschungsinstitute, High-Tech-Labore und Denkfabriken neu eingerichtet oder erweitert. Allein in die Zukunftsfelder Biotechnologie, Nano- und Mikrotechnik, Innovative Werkstoffe und Energie- und Umweltforschung fließen für Spitzenforschungsprojekte

Landesmittel von jeweils 100 Millionen Euro bis 2013. Hinzu kommen weitere Mittel über die Ziel 2-Förderung. Seit 2007 wurden ca. 200 Projekte gefördert. Gesamtinvestitionsvolumen: 2,6 Milliarden Euro.

Innovationen brauchen Spitzenkräfte:

Wir haben die meisten Studierenden. Noch nie hatten wir so viele Hochschulabsolventen wie jetzt. Die Akademikerquote ist seit 2007 um ein Viertel auf 27 Prozent gestiegen. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Aber die Zukunftskommission hat uns gemahnt, die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte zu stoppen. Wir dürfen nicht zum Bildungsexportland werden. Das ist eine Schicksalsfrage in der Wissensgesellschaft.

Entscheidend ist die bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, von Befähigung, Bildung und Ausbildung. Das neue Hochschulnetzwerk „InnovationsAllianz“ von 24 nordrhein-westfälischen Hochschulen setzt als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaft bereits wichtige Akzente. Wir werden helfen, Hochschulen und Wirtschaft noch enger zu vernetzen: Indem wir die Informationskanäle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen und stärken: Durch ein Patentportal im Internet oder durch PatentScouts, die helfen, dass neue Ideen der Wissenschaft auch in neue Produkte umgesetzt werden. Dafür stellt das Land insgesamt 1,5 Mio. Euro bereit. Außerdem bauen wir mit Wettbewerben Forschungs Kooperationen von Fachhochschulen und Wirtschaftsunternehmen aus – mit 28 Millionen Euro bis 2013.

Ich begrüße es sehr, dass Bund und Länder ihre Anstrengungen für mehr Bildung und Forschung noch einmal verstärken.

Mit dem neuen Koalitionsvertrag kann Nordrhein-Westfalen mit rund 1,1 Mrd. Euro an zusätzlichen Bundesmitteln rechnen.

Und es ist auch ein großer Erfolg, dass unser nordrhein-westfälisches Stipendienmodell jetzt auf ganz Deutschland übertragen wird. Aber der Staat kann nicht alles machen. Innovationen brauchen auch eine starke Forschung durch die Unternehmen. Das ist bei uns in Nordrhein-Westfalen noch zu wenig der Fall. Die Landesregierung tut, was sie kann, um die Forschung in den Unternehmen zu stärken. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung jetzt steuerliche Entlastungen zur Forschungsförderung anstrebt.

Aber wir unterstützen die Unternehmen auch direkt, gerade den Mittelstand: Wir werden das Förderpaket für den forschenden Mittelstand mit Innovationsdarlehen, Innovationsgutscheinen und Innovationsassistenten ausbauen. Das Paket hat bis 2012 allein ein Gesamtvolumen von rund 32 Millionen Euro.

Die Landesregierung tut alles finanziell Leistbare, um den Standort Nordrhein-Westfalen zukunftssicher zu machen. Seit 2005 haben wir die Förderung von Innovationen um ein Viertel auf fast 600 Millionen Euro gesteigert. Wir haben heute im Bereich von Forschung und Entwicklung fast elf Prozent mehr Arbeitsplätze als 2005. Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt und der höchste Zuwachs in der Geschichte des Landes. Darauf können wir stolz sein.

Auf dem Weg zu einer ökologischen Industrieregion

Vor kurzem war ich in Abu Dhabi. Ich war fasziniert von der visionären Öko-Stadt Masdar-City, konzipiert von Sir Norman Foster. Die Stadt soll ohne Autos auskommen, keine Treibhausgase emittieren, keine Müllhalden benötigen, ihren eigenen Strom produzieren und ohne fossile Brennstoffe auskommen. Das ist eine kühne Vision. Ob sie machbar ist, wird sich zeigen. Bei uns sicher so schnell nicht. Sie weist dennoch den Weg in ein neues Zeitalter, das Ökonomie und Ökologie nicht mehr als Gegensätze begreift. Sondern als Einheit. Hier liegen die großen Innovationen des 21. Jahrhunderts. Hier liegt der nächste große Innovationszyklus.

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt Industrieland. Hier liegen unsere Stärken. Ich frage: Ist eine ökologische Industrieregion möglich? Meine Antwort lautet: Ja. Aber nicht als Ökotoxia. Eine ökologische Industrieregion muss beides verbinden: Industrie und nachhaltiges Wirtschaften, industrielles und „grünes“ Wachstum. Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt: Kraftwerke nicht stilllegen, sondern modernisieren. Deshalb ist es richtig, dass wir den Kraftwerkspark erneuern – mit Kraftwerken die bei gleicher Stromerzeugung um rund 20 Prozent effizienter sind als die alten. Wir wollen, dass alte Kohlekraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Neue werden nur genehmigt, wenn sie den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren und die Energieeffizienz verbessern. So wie Datteln. Deshalb muss das neue Kraftwerk auch gebaut werden.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt, sich zum Chemiestandort zu bekennen. Zu einem Chemiestandort mit innovativen Techniken. Deshalb brauchen wir auch die CO₂-Pipeline. Aber auch als Standort zur Weiterentwicklung von so genannten Überlebenstechnologien wie der Wasserwirtschaft oder der Entsorgungswirtschaft. Hier liegen große Potenziale auch für den Weltmarkt. Das Wirtschaftsministerium arbeitet an einer gemeinsamen Strategie zur Bündelung unserer Stärken auf diesem Feld.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt die erneuerbaren Energien auszubauen. Auch daran arbeiten wir. Mit einer umfassenden Klimastrategie wollen wir bis 2020 den Umsatz in der Regenerativen Energiewirtschaft auf 15 Milliarden Euro und die Zahl der Beschäftigten in der Branche auf 40.000 zu steigern. Und wir treiben die Energieforschung voran, zum Beispiel mit dem neuen Eon-Energieforschungszentrum an der RWTH Aachen und dem weltweit einzigartigen solarthermischen Versuchskraftwerk in Jülich.

Bis 2020 wollen wir mit dem „Biomasseaktionsplan NRW“ auch die Strom- und Wärmeproduktion aus Biomasse von knapp neun Milliarden auf fast 18 Milliarden Kilowattstunden verdoppeln. Damit können 20 Prozent des Strombedarfs und zehn Prozent des Wärmebedarfs der Privathaushalte Nordrhein-Westfalens abgedeckt werden.

Unser Ziel ist, bis 2020 die CO₂-Emissionen Nordrhein-Westfalens um 81 Millionen Tonnen zu reduzieren. Das sind rund 44 Prozent des Einsparvolumens, das die Bundesregierung anstrebt. Das ist ehrgeizig, aber machbar. Und notwendig. Wir sind Energieland Nr.1. Und: Wir wissen um unsere ökologische Verantwortung.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion ist eine Politik, die Industrie und Natur zu einem Raum mit neuer Lebensqualität verbindet. Der Umbau der Emscher ist hier vorbildlich. Er ist das größte wasserwirtschaftliche Projekt in Europa. Und er ist ein Jahrhundertprojekt, das weit über wasserwirtschaftliche Aspekte hinausgeht. Er ist Teil einer Gesamtstrategie zur Renaturierung früherer Industrieanlagen in der Metropole Ruhr. Ich nenne nur Stadtentwicklungsprojekte wie „Phönix“ in Dortmund, oder „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen. Wir folgen der Vision, dass nicht nur der Himmel über der Metropole Ruhr wieder blau ist. Sondern auch, dass ihr Herz wieder grün wird. Die Zukunft gehört einer neuen grünen Mitte in der Metropole Ruhr.

Unsere Städte müssen mehr Lebensqualität bekommen.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt deshalb auch Bedingungen dafür zu schaffen, dass Künstler und Kreative hier gerne leben und arbeiten. Schon heute arbeiten in Nordrhein-Westfalen etwa 160.000 Menschen in der Kreativwirtschaft. Sie schafft nicht nur wirtschaftliches Wachstum. Kreative schaffen auch ganz neue Perspektiven für mehr Lebensqualität in der ganzen Region. Ich nenne nur das Beispiel der Kreativquartiere, die jetzt im Rahmen der Kulturhauptstadt Essen entstehen. Sie bieten Künstlern und Kreativen aus ganz Europa einen bezahlbaren Wohn- und Wirkungsraum. Durch ihre Arbeit werden sich diese Quartiere verändern. Es wird ein neues kreatives Milieu ge-

schaffen. So entstehen lebendige Stadtviertel. Das ist nicht nur gut für die Künstler. Das ist auch gut für alle Menschen, die hier leben.

Deshalb unterstützt Nordrhein-Westfalen die Kreativquartiere im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 mit großem Engagement. Das Land legt außerdem ein Förderprogramm für Kreativquartiere im Umfang von 15 Millionen Euro für die Metropole Ruhr auf. Ab 2011 sollen sie dann im ganzen Land entstehen.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion bedeutet, Mobilität und Klimaschutz nicht als Gegensatz zu verstehen, sondern beides zu verbinden – als Antrieb für Innovationen und Wachstum. Deshalb setzen wir auch auf die Entwicklung des Elektro-Autos. Unser Ziel ist: Bis 2020 sollen 250.000 Elektrofahrzeuge auf den Straßen von Nordrhein-Westfalen rollen. Wir wollen die erste großräumige Modellregion für Elektro-Autos in Europa werden. Mit diesem Projekt setzen wir ein Zeichen für unseren Anspruch, Nordrhein-Westfalen zu einem Modellland für nachhaltigen Klimaschutz und innovative Stadtentwicklung zu machen.

Mobilität und Klimaschutz zu verbinden heißt auch, den Öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Auch das ist ein wichtiger Baustein für eine ökologische Industrieregion der Zukunft. Denn Erfolg braucht Vernetzung, insbesondere in den Ballungsgebieten – das ist eine zentrale These der Zukunftskommission. Und das gilt vor allem für die Verkehrsinfrastruktur. Das Kirchturmdenken muss der Vergangenheit angehören.

Wir brauchen einen ÖPNV der passgenauen Verbindungen. Anschlüsse im Schienenverkehr und im Busverkehr müssen optimal aufeinander abgestimmt sein. Wartezeiten von mehr als zehn Minuten müssen der Vergangenheit angehören. Das ÖPNV-Gesetz fordert und fördert die Kooperation unter den Aufgabenträger. Die Menschen erwarten zu Recht, dass Kooperation täglich gelebt wird und sich positiv auf ihren Alltag auswirkt. Die Zusammenarbeit der Verantwortlichen in den Kommunen und Zweckverbänden muss besser werden. Wir brauchen ein einheitliches Tarifsystem für das ganze Land. Ich erwarte in punkto Vernetzung von den betroffenen Kommunen mehr Engagement. Aber ich sage auch: Die Landesregierung wird die Kommunen in allem unterstützen, was die Vernetzung der Infrastruktur voranbringt.

Nicht nur für die Infrastruktur gilt in Zukunft:

Die Städte in der Metropole Ruhr dürfen ihre Stärken nicht gegeneinander ausspielen, sondern sie müssen sie bündeln und ein gemeinsames Profil ihrer Stärken entwickeln. Ich verspreche mir von der Kulturhauptstadt ein klares Signal für diesen Kurs.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen:

Unsere Infrastruktur ist das starke Pfund, das unser Land zum international so gefragten Standort macht. Immerhin haben sich seit Mai 2005 115 neue ausländische Unternehmen bei uns angesiedelt.

Und ich will, dass es noch mehr werden.

Wir stehen vor großen Herausforderungen:

Verkehrsprognosen sagen uns bis 2025 für alle Verkehrswege einen drastischen Anstieg voraus: Um knapp ein Fünftel beim Personenverkehr und um über zwei Drittel beim Güterverkehr. 2009 flossen deshalb 1,3 Milliarden Euro in die Sanierung von Autobahnen und Bundes- und Landstraßen. 300 Millionen Euro haben die Kommunen erhalten, um die Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Wir haben die Zahl der Planfeststellungen deutlich erhöht. 2004 gab es nur ein Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau einer Bundesfernstraße. Seit 2005 waren es im Schnitt zwölf Planfeststellungsbeschlüsse pro Jahr.

Wir stärken unsere Häfen:

Der Duisburger Hafen ist schon heute der größte Binnenhafen der Welt. Für den Ausbau von Logport II werden wir insgesamt 48,8 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Und gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn haben wir uns im „Masterplan NRW“ auf einen umfassenden Ausbau der Schieneninfrastruktur geeinigt:

Für die Betuwe-Linie, die Nordrhein-Westfalen an den Seehafen Rotterdam anbindet, wird die Planfeststellung im Frühjahr kommen. Und auch der Rhein-Ruhr-Express wird kommen. Das ist mit der Bahn und dem Bund vereinbart. Wir wollen ihn so schnell wie möglich auf die Schiene bringen. Das Projekt hat oberste Priorität.

Eine Politik für eine ökologische Industrieregion heißt nicht, einfach Infrastrukturen zurückzubauen. Sondern in neue, intelligente Infrastrukturen zu investieren. Das ist unser Ziel: Seit 2006 haben wir zum Beispiel rund 60 dynamische Verkehrslenkungstafeln an wichtigen Autobahnkreuzen und rund 100 Zuflussregelungsanlagen eingerichtet. Solche intelligenten Systeme werden wir weiter vorantreiben – auch durch eine einheitliche Verkehrszentrale, die alle Verkehrsinformationen bündeln soll.

Die Zukunftskommission plädiert für einen umfassenden Infrastrukturplan: Mit klaren Prioritäten und Zielvorgaben. In Zusammenarbeit mit den Kommunen. Und Umfassend: Für Straße, Schiene, Luftverkehr, Häfen. Daran arbeiten wir.

Wir wollen Vorreiter für ein neues ökologisches Industriezeitalter sein. In dem Industrie und Ökologie eine Einheit bilden. Das kann nicht gleich die totale Ökostadt wie Masdar City sein. Aber die Idee der ökologischen Stadt ist richtig – einer Stadt, die Klimaschutz auf allen Ebenen praktiziert. Wir haben dafür die besten Voraussetzungen: Zum Beispiel mit dem zukunftsweisenden Projekt „50 Solarsiedlungen in NRW“, das die Nutzung der Solartechnologie fördert. 29 Siedlungen sind schon im Bau. Nordrhein-Westfalen ist damit europaweit Spitzenreiter bei den Solarsiedlungen.

Oder mit dem Projekt „100 Klimaschutzsiedlungen in Nordrhein-Westfalen“, mit dem CO₂-Emissionen in Wohnsiedlungen konsequent reduziert werden.

Wir werden zusammen mit den großen Unternehmen der Energiewirtschaft und mit führenden wissenschaftlichen Instituten wie dem Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie an einem Konzept arbeiten, wie die Stadt der Zukunft in einer ökologischen Industrieregion aussehen kann. Und wir werden die Kommunen gezielt darin unterstützen, diesem Ziel näher zu kommen.

Die Einheit der Gesellschaft bewahren

So sehr es auf Wachstum, auf Bildung, auf Innovationen ankommt:

Ohne die Einheit der Gesellschaft geht es nicht. Auch das ist eine Kernbotschaft der Zukunftskommission. Sie ist mir besonders wichtig.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kluft in unserer Gesellschaft weiter auseinander geht:

Zwischen Arm und Reich, zwischen Ausgebildeten und nicht Ausgebildeten, zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die arbeitslos sind, zwischen Alten und Jungen, zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Lord Dahrendorf spricht davon, dass gerade heute nichts so wichtig ist wie die Stärkung des Gemeinwohls. Die Stärkung von Chancen auf Teilhabe. Die Stärkung der aktiven, der vitalen Bürgergesellschaft.

Denn: „Ohne die Gesellschaft aktiver Bürger geht es nicht“, sagt Lord Dahrendorf so einfach wie treffend. Der Staat kann sie nicht ersetzen. Er soll sie auch nicht dominieren. Aber er muss sie unterstützen. Dabei, dass wir mehr miteinander leben statt nebeneinander. Dabei, dass wir gemeinsame Werte und Ziele haben.

Es geht um mehr Lebensqualität in unserem Land. Das heißt zum Beispiel mehr Lebensqualität für Ältere. Deshalb fördern wir zukünftig den Bau von Wohngenossenschaften und Wohnstiften anstelle traditioneller Altersheime. Dort hat jeder alte Mensch eine altengerechte Wohnung,

aber es gibt auch Gemeinschaftsräume. Und er entscheidet selbst, welche Hilfe er in Anspruch nimmt. Jeder verpflichtet sich, dem anderen dort zu helfen, wo er kann. Das hat Sinn für diejenigen, die Hilfe brauchen und für diejenigen, die helfen.

Und auch für die Heime gilt: Das Heim soll nicht in erster Linie Krankenhaus, sondern Wohnung für die alten Menschen sein. In diesem Geist haben wir das Heimgesetz neu gestaltet – für mehr Selbstbestimmung, mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie und Bevormundung.

Mehr Lebensqualität für Ältere heißt übrigens auch, dass man gegen Altersdiskriminierung vorgeht. Es kann nicht angehen, dass jemand keine Versicherung oder keinen Kredit für den Aufbau eines Unternehmens mehr bekommt, nur weil er älter ist. Auch das muss sich ändern.

Mehr Lebensqualität heißt vor allem, Altersarmut zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein: Mit der erfolgreichen Erhöhung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger. Oder mit dem Kampf für eine bedarfsabhängige und steuerfinanzierte Mindestrente, die über dem Niveau von Hartz IV liegt. Denn es kann nicht sein, dass jemand, der ein Leben lang gearbeitet hat, am Schluss weniger bekommt als jemand, der kaum gearbeitet hat.

Wichtig ist auch, dass die Älteren der Gesellschaft ihr Erfahrungswissen und ihr Engagement stärker als bisher zur Verfügung stellen können. In einem „Generationenatlas“ werden wir alle zukunftsweisenden Projekte und Erfahrungen im Land bündeln, damit sie Vorbild werden können.

Der öffentliche Dienst wird ein Zeichen setzen mit der Entwicklung eines Mentorenprogramms von älteren Experten für junge Führungskräfte in der Verwaltung.

Das Schulministerium wird den Vorschlag der Zukunftskommission aufgreifen und eine Akademie für Führungskräfte gründen, um das Wissen der Schulleiter und vieler anderer Experten für ein besseres Schulmanagement zu bündeln und effektiv zu vermitteln. Erste Gespräche mit Experten und der Stiftung Mercator zur Organisation als Studienkurs oder universitäres „An-Institut haben schon begonnen.

In Kürze wird das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration eine Gesamtstrategie für die Gesellschaftspolitik im demografischen Wandel vorstellen: „Nordrhein-Westfalen – Fit für 2025“ Diese Strategie greift viele Vorschläge der Zukunftskommission auf:

Für eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Für die Stärkung der Bürgergesellschaft und des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Für die Anpassung des Bildungssystems an die alternde Gesellschaft – mit mehr Angeboten des lebenslangen Lernens. Für den Umbau und Neubau von Wohnungen und ganzen Stadtquartieren, um sie den Bedürfnissen einer Gesellschaft im demografischen Wandel anzupassen. Es geht darum, Wohlstand zu bewahren und gleichzeitig neue Sicherheit zu schaffen – für alle Menschen in unserem Land.

Eine Schlüsselfrage für die Einheit der Gesellschaft ist dabei vor allem die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, insbesondere der jungen Zuwanderer. Daran hat die Zukunftskommission keinen Zweifel gelassen.

Die meisten Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte haben sich gut in unsere Gesellschaft integriert. Bei uns leben Menschen aus 170 Nationen. Sie sind eine Bereicherung für unser Land. Aber noch zu viele vor allem junge Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte sind in unserer Gesellschaft noch nicht angekommen. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie hat mich alarmiert. Danach wollen nur 24 Prozent der älteren, aber schon 42 Prozent der jüngeren Türken, die schon lange bei uns leben, in die Türkei zurückkehren. Der Hauptgrund dafür sei ein stark ansteigendes Gefühl der Ablehnung durch die deutsche Gesellschaft.

Das wirft ein Schlaglicht darauf, dass wir noch viel tun müssen, um die Integration der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in unserem Land voranzubringen.

Es hat keinen Sinn, die Wirklichkeit zu tabuisieren oder schön zu reden. Zu viele junge Menschen sprechen teilweise schlechter Deutsch als ihre Eltern. Zu viele verfügen immer noch über eine unzureichende Schul- und Berufsbildung. Zu viele finden immer noch keine dauerhafte Arbeit. Und zu viele lehnen auch nach wie vor die deutsche Gesellschaft und ihre Grundwerte ab. Das muss sich dringend ändern. Wir wollen keine Gesellschaft, in der die Menschen nebeneinander existieren, sondern in der sie miteinander leben. Jeder soll seine Chance zur Integration bekommen. Aber er muss sie dann auch nutzen.

Integration heißt: Für jeden, der bei uns lebt, ist das Grundgesetz verbindlich. Grundlage unseres Zusammenlebens ist für uns die europäische Leitkultur, wie sie im Grundgesetz und in der Charta der europäischen Grund- und Menschenrechte festgelegt ist. Zwangsehen und so genannte Ehrenmorde dürfen nicht als kulturelle Besonderheiten gelten. Nordrhein-Westfalen 2025 – das muss ein Land sein, in dem es für je-

den, der hier lebt, ganz selbstverständlich ist, unsere Sprache zu beherrschen, sich zu unseren Werten zu bekennen und sich entsprechend zu verhalten. Ich erwarte, dass insbesondere die islamischen Verbände Straftatbestände wie Zwangsehen, so genannte Ehrenmorde und auch antisemitische Äußerungen und Taten klar verurteilen und bekämpfen.

Aber Integration heißt nicht Assimilation. Auch das hat Lord Dahrendorf betont. Ich stimme ihm zu. Nordrhein-Westfalen muss ein Land sein, in dem jeder Respekt erwarten kann – egal wo er herkommt, welche Hautfarbe er hat oder woran er glaubt. Es muss ein Land sein, in dem jeder, wenn es nötig ist, gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit vorgeht. An dieser Gesellschaft müssen wir gemeinsam arbeiten.

Wir sind wie kein anderes Bundesland bei der Integration vorangegangen: Mit einem eigenen Integrationsministerium. Mit einem bundesweit vorbildlichen Aktionsplan für ein Land der neuen Integrationschancen. Mit dem neuen Schulgesetz, in dem wir als erstes Bundesland die frühe Sprachförderung von Kindern verankert haben. Mit dem bundesweit einmaligen Schwerpunkt auf der Förderung von Kunst und Kultur im Dialog der Kulturen. Und wir werden auch in Zukunft Vorreiter sein: Wir wollen einen bekenntnisorientierten Islamunterricht in den Schulen unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern. Deshalb haben einen landesweiten Schulversuch Islamkunde in deutscher Sprache begonnen. Er kann erfolgreich sein, wenn die Verbände sich auf gemeinsame Ziele einigen.

Wir wollen mehr Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei oder im Schuldienst.

Wir wollen einen stärkeren Dialog zwischen allen Partnern. Wir werden zu einer Islamkonferenz für Nordrhein-Westfalen einladen und Vertreter von Verbänden, Kulturvereinen und Moschee-Gemeinden bitten, dabei mitzumachen. Gemeinsam sollten wir uns dazu verpflichten, noch mehr für eine gelingende Integration insbesondere der jüngeren Generation zu tun.

Als Ergebnis dieses Prozesses brauchen wir ein Integrationsgesetz. Die Förderung der Integration muss auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt werden. Sie muss Fördern und Fordern gleichermaßen umfassen. Alle Menschen, die in diesem Land dauerhaft leben, müssen in diesem Land eine Heimat haben. Wir wollen, dass jeder hier sagen kann: Nordrhein-Westfalen ist meine Heimat. Hier ist mein Zuhause.

„In der Verbindung von Innovation und Solidarität liegt der Kern zukunftsträchtiger Entscheidungen“. Das ist der Schlusssatz des Berichts von Lord Dahrendorf. Das war und das bleibt der Kompass für unser Land. Beides zu verbinden, ist unter den Bedingungen der Globalisierung nicht leichter geworden, sondern schwieriger. Vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit. Aber wir werden das schaffen, wenn wir gemeinsam handeln. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen ein Land, das niemanden zurücklässt. Wir wollen ein Land, in dem sich Leistung lohnt. Wir wollen ein Land, in dem Wohlstand für alle möglich ist. Wir wollen ein Land, in dem sich jeder auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen kann, wenn er sie braucht.

Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Wir wissen: Es geht allemal mehr, als man denkt. Und es geht mehr, wenn wir die Ärmel aufkrempeln und gemeinsam anpacken. Wir sollten viel von uns verlangen! Dann gehen wir gestärkt aus der Krise hervor. Dann schaffen wir neue Chancen. Dann bleibt niemand zurück. Und dann wird die Einheit der Gesellschaft bewahrt.